

Geschäftsführung
Bezirksvertretung Ronsdorf

Es informiert Sie	Gudrun Limberg
Telefon (0202)	563 7220
Fax (0202)	563 8023
E-Mail	gudrun.limberg@stadt.wuppertal.de
Datum	05.06.2008

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf (SI/6711/08) am 03.06.2008

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Klaus Peter Bartsch , Frau Gisela Hecht , Herr Michael Hornung , Herr Lothar Nägelkrämer , Herr Karlheinz Raufeisen,

von der SPD-Fraktion

Herr Dipl. Ing. Eckhart Ebert , Frau Ingrid Rode , Herr Harald Scheuermann-Giskes , Herr Peter Stuhldreiter ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Hohagen,

von der FDP

Herr Alexander Schmidt ,

von der WfW

Herr Meinhard Mesenholl ,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Beig. Thomas Uebrick,

als beratendes Ratsmitglied

Frau Stv. Christa Stuhldreiter,

vom Bezirksjugendrat

Herr Stephan Besche,

von der Presse

Herr Conrads, Herr Florian, Herr Fuchs, Herr Wohlers,

als Berichterstatter

Frau Möllmer (R 208), Frau Sonntag (R 208), Herr Walde (R 101).

Nicht anwesend sind:

Herr Sebastian Themel, Herr Joachim Wolfgang, Frau Stv. Dorothea Glauner, Herr Stv. Jürgen Heinemann, Herr Christian Schmitt.

Schriftführerin
Gudrun Limberg

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:55 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Bericht aus dem Bezirksjugendrat

Herr Besche berichtet über die Aktivitäten des Bezirksjugendrates.

2 Berichte und Mitteilungen

Herr Beig. Uebrick berichtet im Zusammenhang mit erteilten Verwarnungen wegen unerlaubten Parkens im Bereich der freiwilligen Feuerwehr in der Talsperrenstraße, dass nach erfolgter Überprüfung die entsprechenden Markierungen entfernt werden könnten und somit Parken in diesem Bereich legal möglich sei.

3 30. Flächennutzungsplanänderung und vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1115V "Parkstraße / Erbschlö" - Offenlegungsbeschluss - Berichterstattung: Ressort Stadtentwicklung und Städtebau Vorlage: VO/0356/08

Herr Stuhldreiter stellt für seine Fraktion den folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf bittet Rat und Verwaltung, den forstrechtlichen Waldausgleich durch Aufforstungen auf Wuppertaler Stadtgebiet, vorrangig auf Scharpenacken und damit nicht in einer Region des Rhein-Erft-Kreises zu realisieren.

Als Begründung gibt er Folgendes zu Protokoll:

Es sei richtig, dass die Stadt Wuppertal beklage, dass junge Familien in großem Umfang aus dem Stadtgebiet fortzögen. Die Verwaltung versuche, durch Angebote an Eigenheimplätzen die Stadt weiter zu einer familien- und kindergerechten Stadt auszubauen. Aus Sicht der Außenstadtteile wie Ronsdorf und Cronenberg sei es aber auch wichtig, dass die Stadt auch für Familien ihren Ruf behalte, eine Stadt im Grünen zu sein.

In der weiteren Diskussion stellt Herr Stuhldreiter die Frage, ob das Land nach Beendigung des Bauleitplanverfahrens noch einen Bauantrag stellen müsse und die Bezirksvertretung noch mal beteiligt würde.

Herr Walde sagt zu, die Beantwortung der Frage zu veranlassen.

Hinweis: Das Ressort Bauen und Wohnen hat hierzu Folgendes mitgeteilt: „§ 80 BauONW regelt mit nur geringen Änderungen zur alten LBO die Zuständigkeiten bei öffentlichen Bauherren. Die Gemeinde wird nur gehört, d.h. beteiligt.“

Herr Stuhldreiter bittet darum, dass jeder Fraktion ein Exemplar des erwähnten Verkehrsgutachtens zur Verfügung gestellt werde.

Hinweis: Das Ressort Stadtentwicklung und Städtebau hat mitgeteilt, dass das Verkehrsgutachten Ende Juni zur Verfügung gestellt werden könne.

Nach Hinweis von Herrn Hohagen auf einen Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN an den Regionalrat im Zusammenhang mit Synergieeffekten antwortet Herr Walde, dass er lediglich wisse, dass der Regionalrat beschlossen habe, die

entsprechende Änderung des GEP vorzunehmen. Unter dem Stichwort Synergie kenne er nur die vom BLB aufbereitete, und von der Bezirksregierung geprüfte und in die Regionalratsvorlage übernommene Kostensituation.

Herr Beig Uebrick sagt in diesem Zusammenhang Klärung zu.

Hinweis: Die Verwaltung hat hierzu Folgendes mitgeteilt:

„Abstimmung im Ausschuss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Bezirksregierung aufzufordern, das Gebiet Parkstraße/Scharpenacken der Stadt Wuppertal als FFH-Gebiet anzumelden und die Alternativvorstellungen der Naturschutz- und Umweltverbände zur Grundlage der weiteren Planungen zu machen, wurde bei zwei Stimmen von Bündnis90 /DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss im Regionalrat:

Beschluss zur Verwaltungsvorlage: Mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.“

Die Sitzung wird für eine Beratungspause von 20.00 Uhr bis 20.10 Uhr unterbrochen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird wie folgt modifiziert und beschlossen:

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 03.06.2008:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf bittet die Verwaltung zu prüfen, ob teilweise der forstrechtliche Waldausgleich qualitativ, z.B. in Flächen der Ronsdorfer Talsperre oder des Ronsdorfer Verschönerungsvereins bzw. in Flächen von Wuppertal, die von Sturmschäden betroffen sind, vorgenommen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 03.06.2008 zu VO/0356/08:

Dem Ausschuss Bauplanung wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich der 30. Flächennutzungsplanänderung umfasst das Gelände der ehemaligen Standortverwaltung an der Parkstraße über den dahinter liegenden Sportplatz und den ehemaligen Langwaffenschießstand hinweg einschließlich der bislang für die Deponie Kastenberg vorgehaltenen Fläche sowie Waldbereiche im Norden und landwirtschaftliche Flächen innerhalb und am südöstlichen Rand bis zur Straße Erbschlö, wie in der zeichnerischen Darstellung in Anlage 3a näher kenntlich gemacht.
2. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 1115V „Parkstraße / Erbschlö“ wird gegenüber der Abgrenzung zum Aufstellungsbeschluss geringfügig geändert. Er wird begrenzt durch die Parkstraße (L 419) im Südwesten, durch die Straße Erbschlö mit Ausnahme von Grundstücken privater Dritter im Südosten, durch die Grundstücksgrenze des Vorhabenträgers in dem Wald auf dem Höhenrücken im Nordwesten und durch das östliche Ende des ehemaligen Langwaffenschießstandes einschließlich des neu angelegten Ersatzhabitats für den Kammmolch im Nordosten, wie in der zeichnerischen Darstellung in Anlage 4a näher kenntlich gemacht.

3. Die öffentliche Auslegung der 30. Flächennutzungsplanänderung wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den in Punkt 1 genannten Geltungsbereich beschlossen.
4. Die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 1115V „Parkstraße / Erbschlö“ wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den in Punkt 2 genannten Geltungsbereich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (gegen 1 Stimme der SPD-Fraktion und gegen die Stimmen von WfW und Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

4 **Konzept für den Stadteiltreff Rehsiepen**
Berichterstattung: Ressort Kinder, Jugend und Familie
Vorlage: VO/0486/08

Die in der Vorlage dargestellte Arbeit des Stadteiltreffs Rehsiepen wird fraktionsübergreifend gelobt.

Das Konzept für den Stadteiltreff Rehsiepen wird ohne Beschluss entgegengenommen.

5 **Stadtentwässerung - Maßnahmenkatalog 2009/Katalogentwurf 2010**
Vorlage: VO/0245/08

Herr Bartsch bittet die Verwaltung um Beantwortung der Frage, welchen Sinn bzw. welche Funktion ein Regenrückhaltebecken zu erfüllen habe. Ihm sei aufgefallen, dass diese Becken selbst bei stärkstem Regenfall kein Wasser enthielten.

Des weiteren interessiere ihn, ob für den Bürger Anliegerbeiträge anfielen, wenn infolge eines Kanalbaus Straßenbauarbeiten durchgeführt werden müssten. Sollte dies so sein, sollten die Betroffenen rechtzeitig über die Maßnahme und die entstehenden Kosten informiert werden.

Herr Beig. Uebrick sagt zu, die erste Frage von der Verwaltung bzw. den WSW klären zu lassen.

Zur Frage der Anliegerbeiträge erklärt er, dass derjenige, der die Straße aufbreche, sie ordnungsgemäß wieder zu verschließen habe. Hierfür könnten keine Anliegerbeiträge erhoben werden.

Herr Bartsch bittet darum, die Aussage von Herrn Beig. Uebrick zu Protokoll zu nehmen.

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

6 Maßnahmenvorschläge der Stadt Wuppertal für den Nahverkehrsplan des VRR

Vorlage: VO/0397/08

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 03.06.2008:

Dem Verkehrsausschuss wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Ausschuss für Verkehr beschließt die beigefügte Maßnahmenliste als Vorschläge der Stadt Wuppertal für den Nahverkehrsplan des VRR.
2. Der Ausschuss für Verkehr beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmenvorschläge bei der VRR AöR anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

7 Bürgerbushaltestelle im Ascheweg

Der Bezirksbürgermeister teilt mit, dass ihm eine Sammlung von ca. 700 Unterschriften übergeben worden sei, mit der sich die Bürger für die Einrichtung einer Haltestelle im Bereich Ascheweg ausgesprochen hätten.

Ein Sprecher des Bürgerbusvereins erklärt, dass er die Einrichtung einer Haltestelle im Ascheweg befürworte.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 03.06.2008:

Die Bezirksvertretung Ronsdorf bittet die WSW, mit Verwaltung und Bürgerbusverein abzuklären, ob die Einrichtung einer Haltestelle im Ascheweg möglich ist.

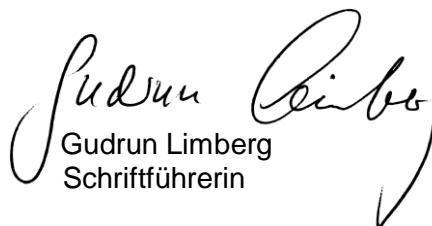
Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

8 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Keine.


Lothar Nägelkrämer
Bezirksbürgermeister


Gudrun Limberg
Schriftführerin